

## Klimawandel & Klimapolitik: Besonders Pensionsfonds betroffen



**Von Versicherungen bis Banken – viele AnlegerInnen verzeichnen in ihren Portfolios auch Wertpapiere im Bereich des fossilen Brennstoff- und Versorgungssektors. Klimawandel und die damit einhergehenden klimapolitischen Szenarien können den InvestorInnen allerdings einen Strich durch die Rechnung machen und das Risiko für AnlegerInnen erhöhen. WU-Wissenschaftlerin [Irene Monasterolo](#) vom Institute for Ecological Economics entwickelte daher gemeinsam mit internationalen KollegInnen einen „Klimastresstest“, mit dessen Hilfe die Klimarisiken auf Anlageportfolios bewertet werden können. Dabei zeigt sich: Insbesondere Pensionsfonds können von klimapolitischen Maßnahmen maßgeblich beeinträchtigt werden, Banken hingegen haben weniger zu befürchten.**

Der Klimawandel könnte die Risiken für zahlreiche InvestorInnen am Finanzmarkt durch die damit einhergehende Klimapolitik negativ beeinflussen. Betroffen sind davon – unabhängig ob positiv oder negativ – beispielsweise AnlegerInnen, die ihre Portfolios auf fossile Brennstoffe konzentrieren. WU-Wissenschaftlerin Irene Monasterolo widmete sich in ihrer aktuellen Studie, veröffentlicht im Journal [Nature Climate Change](#), gemeinsam mit internationalen ForscherInnen der Frage, für wen und wie stark die Investitionsrisiken durch klimapolitische Maßnahmen schwanken und entwickelten einen neuartigen Stresstest. Dieser ermöglicht, neuen Indikatoren bei der Risikobeurteilung von Anlageportfolios miteinzubeziehen und die Risiken von Klimawandel und Klimapolitik sowohl für die direkte als auch für die indirekte Exposition bestimmter AnlegerInnen im Finanzsystem zu berücksichtigen. In ihren Untersuchungen, die Daten von 14.878 europäischen und US-amerikanischen Unternehmen und 65.059 Shareholdern analysierte, zeigte sich, dass zwar nur geringe Anteile der Portfolios direkt in den fossilen Brennstoffsektor reichen, allerdings zwischen 36 und 48 Prozent der Gesamtinvestitionen indirekt mit diesem Sektor in Verbindung stehen und demnach von klimapolitischen Maßnahmen massiv beeinträchtigt sind.

### **Kleine direkte, aber möglicherweise große kombinierte Effekte**

Auch Europäischen Finanzinstitutionen investieren direkt in den fossilen Brennstoffsektor, bei Banken betragen diese 1,3 Prozent ihres Anlageportfolios, bei Pensionsfonds 5 Prozent, bei Versicherungen rund 4,4 Prozent des Anlagevermögens. Insgesamt zeigte sich in den Untersuchungen von Monasterolo und ihren KollegInnen, dass die Risiken der FinanzmarktakteurInnen direkt im fossilen Sektor begrenzt sind, sie liegen zwischen 4 bis 13 Prozent. Allerdings gibt es auch viele Investitionssektoren, die indirekt von klimapolitischen Maßnahmen betroffen sind, beispielsweise die öffentliche Versorgungsinfrastruktur, der Transportsektor, Immobilien oder auch energieintensive Wirtschaftsbereiche. Investieren AnlegerInnen in diesen Bereich, kann sich auch für sie durch klimapolitische Maßnahmen das Investitionsrisiko verändern. Um diese indirekt betroffenen Sektoren in der Risikobewertung für InvestorInnen berücksichtigen zu können, schafften die WissenschaftlerInnen in ihrem Klimastresstest eine neue Klassifikation, die diese kombinierten Portfolios, bestehend aus den indirekt-betroffenen Sektoren, zusammenfasst.

Dabei wurde deutlich, wie stark die Risiken zahlreiche Finanzinstitution durch ihre Investitionen in diesen Sektoren von der Klimapolitik beeinflusst sind. Rund 45 Prozent der Portfolios von Versicherungen und Pensionskassen, aber auch 47,7 Prozent der staatlichen Anlageportfolios sind davon betroffen. Dies hat auch zum Kollaps zahlreicher Finanzinstitutionen während der Wirtschaftskrise 2007-2009 beigetragen.

### **Besonders Pensionsfonds betroffen**

„Vor allem die Top-Banken der EU müssen sich bei ihren Portfolios im fossilen Brennstoff- und Versorgungssektor eher wenig Sorgen machen, von klimapolitischen Maßnahmen beeinträchtigt zu

sein. Ihre potenzielle Verlusthöhe liegt zwischen 1 und maximal 7 Prozent des Kapitals für alle Banken“, erklärt WU-Wissenschaftlerin Irene Monasterolo, „Besonders achtsam sollten Banken hingegen bei jenen klimapolitischen Maßnahmen sein, die den Wert von Immobilien und somit auch die Kreditvergabe für Haushalte beeinflussen.“ Deutlich größer zeichnen sich jedoch die Auswirkungen auf Investitionen abseits der fossilen Brennstoffversorgung ab, die indirekt von klimapolitischen Maßnahmen betroffen sind. Die Risiken der kombinierten Aktienportfolios dieser Finanzmarktakteurinnen und -akteure erweisen sich als groß, sie liegen zwischen 45 bis 47 Prozent. Entscheidend sind auch die Verflechtungen mit anderen FinanzmarktteilnehmerInnen, die das Risiko verstärken können. Speziell Pensionskassen und Versicherungen sind durch ihre Beteiligungen an Investmentfonds indirekten Effekten ausgesetzt.

### **Genauere Risikobewertung durch detailliertere Offenlegung**

Gerade für die aktuellen klimapolitischen Diskussionen über Richtlinien des Financial Stability Board Task Force der G20-Staaten lässt sich aus dem Klimastresstest insbesondere die hohe Notwendigkeit der Offenlegung klimarelevanter Finanzinformationen ableiten. „Die frühzeitige Offenlegung der relevanten Informationen ermöglicht es, Risikobewertungen zu verbessern und Anreize für InvestorInnen gezielter zu setzen“, so WU-Wissenschaftlerin Irene Monasterolo, „eine rechtzeitige und stabile Klimapolitik würde zudem eine sanftere Anpassung der Vermögenswerte ermöglichen. Außerdem können damit auch die GewinnerInnen und VerliererInnen des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft identifiziert werden.“

### **Über die Studie**

Die Analyse basiert auf Mikrolevel-Daten von den Beteiligungen der Finanzmarktakteure an sämtlichen in der EU und in den USA börsennotierten Unternehmen, auf den Daten der Balance Sheets der 50 bestdotierten europäischen Banken sowie auf Finanzrisiken des gesamten Sektors. Somit konnten die Daten von insgesamt 14.878 europäischen und US-amerikanischen Unternehmen und 65.059 Shareholdern herangezogen werden.

[Zur vollständigen Studie](#)

### **Kontakt**

Irene Monasterolo, PhD  
Institute of Ecological Economics  
Wirtschaftsuniversität Wien  
Tel: +43 -(0)660-2341821  
Email: [irene.monasterolo@wu.ac.at](mailto:irene.monasterolo@wu.ac.at)

### **Pressekontakt:**

Mag. Anna Maria Schwendinger  
PR-Referentin  
Tel: + 43-1-31336-5478  
E-Mail: [anna.schwendinger@wu.ac.at](mailto:anna.schwendinger@wu.ac.at)